

Post-Warnstreik: Kunden zeigten Verständnis

Fotos: T. Linzbauer



Es wurden in allen Bundesländern Postämter unterschiedlicher Filialtypen bestreikt – Mit Transparenten machten Gewerkschafter auf Missstände aufmerksam.

„Ich finde das gut“, sagte eine ältere Frau, als sie gerade zum bestreikten Postamt in der Sobotagasse 8–10 (1230 Wien) gehen wollte. „Wenn dieses Amt geschlossen wird, ist das nächste bei der U-Bahn (Alt-Erlaa). Wie sollen das ältere Menschen schaffen?“, fragte sie zornig. Ähnlich reagierten auch andere Postkunden, die am Mittwoch vor verschlossenen Türen standen.

Der Warnstreik vor dem Postamt wurde am Mittwoch zwischen 10.00 und 12.00 Uhr abgehalten. Kurz vor 10.00 Uhr sind die Postbediensteten informiert worden, dass ihre Filiale für die kommenden zwei Stunden geschlossen wird. In dieser Zeit postierten sich vor dem Postamt sieben Gewerkschafter und Betriebsräte in roten ÖGB-Weesten.

Obwohl einige Kunden verärgert reagierten, weil sie ihre Briefe nicht aufgeben konnten, stieß der Warnstreik insgesamt auf Zustimmung. „Ich kann verstehen, warum Sie streiken“, sagte eine junge Frau zu den Gewerkschaftern.

„Es kann nicht sein, dass die Ämter geschlossen werden!“, zeigte sich auch ein junger Mann solidarisch mit den Postlern. Er selbst habe an seinem Arbeitsplatz Erfahrung mit Post-Konkurrenten gemacht und das Service sei „unter jeder Kritik“. „Am besten sollten alle Postämter in der Weihnachtszeit zusperren, da das das beste Druckmittel ist“ sagte der Mann, und zu den Streikenden: „Haltet durch!“

Verhandlungsqualität entscheidet über weiteres Vorgehen

12. 12. 2008: Entgegen der ursprünglich angekündigten Postamtschließungswelle sowie der angedachten Auslagerung von Zustell- und Sortierleistungen an Private werden seitens der Personalvertretung und des Post-Vorstandes ab sofort gemeinsam Alternativen gesucht.

Die Maßnahmen der letzten Tage sind von den FSG- und FCG-Vertretern in der Gewerkschaft einstimmig beschlossen, gemeinsam geplant und durchgeführt worden. Gerhard Fritz, Manfred Wiedner und Martin Palensky sind sich einig: „Wir setzen diese erfolgreiche Zusammenarbeit im Sinne des von uns eingeleiteten Volksbegehrens fort und werden den Postvorstand in den nächsten Tagen daran messen, ob den Worten nun auch Taten folgen. Sollte das Management den vereinbarten Weg verlassen, sind wir jederzeit in der Lage, unseren Abwehrkampf fortzusetzen.“

15. 12.: Kampfmaßnahmen eingestellt, Streikbeschluss ruht

Verhandlungen laufen – Aktivierung des Streikbeschlusses jederzeit möglich.

Der erweiterte Zentralausschuss hat am 15. 12. 2008 beschlossen, mit dem Vorstand der Post AG Verhandlungen zur Umsetzung des nachstehenden 4-Punkte-Programms mit dem Ziel eines ehebaldigen Ergebnisses zu beginnen.

Das 4-Punkte-Programm:

1. Die Forderungen der Post an ein neues Postmarktgesetz sowie der in diesem Zusam-

menhang stehenden Änderungen der Universalienverordnung und der adäquaten Finanzierung einer österreichweit verpflichtenden Zustellung werden in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe definiert und in einem gemeinsam definierten Umsetzungsprogramm nach Möglichkeiten der beiden Partner vorangetrieben.

2. Der Zentralausschuss der Österreichischen Post AG (über die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten) sowie der Vorstand der Post (als Mitglied der Wirtschaftskammer) werden ein gemeinsam abgestimmtes Umsetzungsprogramm zur Schaffung eines Branchen-KV vorantreiben.

3. Der Vorstand der Österreichischen Post AG und das Präsidium des Zentralausschusses be-

kennen sich dazu, die wirtschaftlichen Maßnahmen des Gesamtunternehmens sowie der einzelnen Geschäftsfeldbereiche vor einer allfälligen Umsetzung, gemäß den Mitwirkungsrechten nach Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) und dem Post-Betriebsverfassungsgesetz (PBVG) zwischen dem ZA und dem Vorstand der Post AG eng abzustimmen

4. Alternativen zu allfälligen Postamtschließungen bzw. zur Auslagerung von Zustell- und Sortierleistungen im Bereich Brief an Private werden gemäß Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG), Post-Betriebsverfassungsgesetz (PBVG) sowie dem Budget 2009 gemeinsam gesucht. Dieser Prozess wird ab sofort beginnen und soll ehestmöglich abgeschlossen sein.